

Mitteilung

der Landesregierung

Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Petition 16/527 betr. Ablehnung der Kostenübernahme einer zahnärztlichen Heilbehandlung durch das LBV

Landtagsbeschluss

Der Landtag hat am 12. Oktober 2017 folgenden Beschluss gefasst (Drucksache 16/2730, lfd. Nr. 2):

„Die Petition wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.“

Bericht

Mit Schreiben vom 12. Dezember 2017, Az.: I-0375.0, berichtet das Staatsministerium wie folgt:

Der Petentin wurde auf Veranlassung des Innenministeriums vom Landesamt für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg die Übernahme der Kosten für das Ersetzen von fünf fehlenden Zähnen durch das Einbringen von Implantaten und für die Suprakonstruktion zugesagt.

Dem Anliegen der Petentin ist damit entsprochen.